

**Fragen an den Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung,
Martin Neumeyer, MdL, bei der Podiumsdiskussion der Hanns-Seidel-Stiftung
zum Thema „Ausstieg aus dem Pop-Jihad, München, 30. April 2015**

1. *Inwiefern ist die Radikalisierung von jungen Muslimen nicht auch Produkt einer verfehlten Integrationspolitik?*

Diese Frage lässt sich pauschal nicht beantworten. Jeder Fall von Radikalisierung ist individuell, und es sind – wie man mittlerweile weiß – ja beileibe nicht nur Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder Problemvierteln, die sich den Salafisten oder gar dem Jihad anschließen. Sie müssen auch nicht notgedrungen Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Unter ihnen sind Abiturienten, Studierende – Menschen also, denen die Welt eigentlich offensteht und die als gut integriert gelten können. Die bayerische und deutsche Integrationspolitik sind gewiss nicht perfekt – wir haben aber wesentlich bessere Resultate vorzuweisen als viele unserer Nachbarländer.

Natürlich geraten die Jugendlichen, die sich sozial abgehängt fühlen und keine Perspektive sehen, die Orientierung, klare Strukturen und vielleicht sogar eine „Ersatzfamilie“ suchen, besonders leicht in den Sog der Radikalisierung. Aber das hat nichts mit gescheiterter Integration zu tun, sondern viel häufiger mit zerrütteten Familienverhältnissen und Gewalterfahrungen in der Familie. Manche junge Muslime wiederum fühlen sich zerrissen zwischen den oft sehr traditionellen Werten, die ihnen der Familie vermittelt werden und der westlich geprägten Umgebung, in der sie leben. Mit der Radikalisierung fällen sie dann eine klare Identitätsentscheidung oder versuchen gar, ihre Eltern durch eine besonders rigide Islamauslegung zu übertrumpfen. Außerdem radikalisiert sich ja nicht nur junge Muslime ausländischer Herkunft, sondern gerade auch junge Konvertiten. Auch das spricht eher für soziale Ursachen.

2. *Ist ein Terror-Export, d.h. eine konsequente Ausweisung von radikalisierten Muslimen, das richtige Mittel?*

Vor einer Ausweisung aus Sicherheitserwägungen stehen ganz hohe rechtliche Hürden. Ausweisungsgründe sind letztlich nur gegeben, wenn der Betroffene den internationalen Terrorismus unterstützt oder für eine Terrororganisation wirbt. Dann gilt das Primat der Inneren Sicherheit, also die Verpflichtung des Staates, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Im Übrigen werden die Betroffenen auch niemals in unmittelbare Krisengebiete ausgewiesen, sondern nur in Länder wie die Türkei, in denen sie nicht mit einer Gefahr für Leib und Leben rechnen müssen. Diese Länder sind dann dazu angehalten, ihren Staatsbürger von einer Weiterreise in Kriegs- und Krisengebiete wie etwa Irak, Syrien, Afghanistan oder Pakistan abzuhalten.

Anders sieht es natürlich bei deutschen Staatsbürgern aus. Sie können gar nicht ausgewiesen werden, sondern sollen vielmehr an der Ausreise in Länder gehindert werden, in denen sie sich noch stärker radikalieren könnten. Deshalb kann ihnen zumindest auf Zeit der Pass entzogen werden. Denn wir wollen nicht, dass potentielle Gefährder erst ins Ausland gehen, sich dort zum Terroristen schulen lassen, um dann wieder nach Deutschland zurückzukehren. Vielmehr müssen wir uns in diesen Fällen hier vor Ort dem Problem stellen, indem wir die Betroffenen genau beobachten und möglichst an Straftaten hindern. Außerdem versuchen wir natürlich, sie von ihrer Ideologie abzubringen und ihnen bei einem Ausstieg aus der Szene zu helfen.

3. *Vielen radikalisierten Muslimen fehlt es an Islamkenntnissen. Ist es nicht wenig konsequent dass StM Spaenle den staatlichen Islamunterricht nur sehr zaghafte finanziell aufstockt?*

In der Tat haben viele der jungen radikalen Muslime nur unausgeglichene Islamkenntnisse. Das ist aber bei fast allen radikalen Strömungen der Fall. Schließlich geht es den jungen Leuten nicht um Theologie, sondern um eine Haltung, ein Lebensgefühl, ihre Identität – und das in radikaler Abgrenzung zu den Anderen. So ähnlich ist es ja auch bei Links- und Rechtsextremen. Ein gutes Beispiel sind die Führungskader der „Roten Armee Fraktion“, die von der revolutionären Ideologie, die sie vertreten haben, im Grunde keine Ahnung hatten. Es ging ihnen nur um die Tat, die Haltung gegen den Staat – und nicht umsonst hat Andreas Baader teure Autos geliebt. Genauso ist es heute bei vielen IS-Kämpfern, die durchaus westlichen Luxus genießen.

Es ist gut, hier mit dem Islamunterricht gegenzuhalten – und deutlich zu machen, auf welchem dünnem geistigen Fundament die Islamisten bauen. Dennoch wird der Islamunterricht allein nicht ausreichen, um eine nachhaltige Prävention zu gewährleisten. Es wäre jedoch falsch, dem Freistaat hier ein mangelndes Engagement vorzuwerfen. Bayern hat den Islamunterricht in den vergangenen Jahren sehr stark ausgebaut. Dabei orientieren wir uns am jeweiligen Bedarf. Im Unterschied zu den so genannten „Koranschulen“ vermittelt der Islamunterricht Kindern und Jugendlichen die Religion in wissenschaftlich fundierter, zugleich aber auch auf ein friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen und das Gebot der Toleranz zielende Weise. Das ist gut so – und ein wichtiges Korrektiv, falls den jungen Leuten in ihrer Familie, ihrem Umfeld oder einer „Koranschule“ ein anderes Islambild vermittelt wird.

4. *Warum gibt es in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern bisher keine Präventions- bzw. Deradikalisierungsprojekte?*

Bayern ist dran. Schon vor einigen Monaten hat der Freistaat grundsätzlich entschieden, hier tätig zu werden – und einen entsprechenden Arbeitsauftrag an die Ministerien erteilt. Dabei strebt Bayern ein umfassendes „Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ an, das alle bestehenden Maßnahmen zusammenfassen und ergänzen soll. Kernstück des Netzwerkes soll eine Beratungsstelle sein – ganz ähnlich zu der, die durch das „Violence Prevention Network“ in Frankfurt betrieben wird. Begleitet werden soll die Arbeit durch einen Fachbeirat, in dem die wichtigsten gesellschaftlichen und sozialen Akteure angemessen vertreten sind. Wie das Präventionsnetzwerk genau aussehen wird – und welche Rolle Deradikalisierungsprojekte darin spielen werden – darüber zerbrechen sich die Ministerien momentan den Kopf. Ich bin aber zuversichtlich, dass der Freistaat noch vor der Sommerpause eine Lösung präsentieren wird. Daran werde auch ich als Integrationsbeauftragter beteiligt sein.